

700/AE XXI.GP

Eingelangt am: 12.06.2002**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Dr. Eva Glawischnig, Freundinnen und Freunde

betreffend Verbesserungen des Pestizid-Monitorings und Information der Konsumentinnen

Lebensmittelanalysen im Rahmen des nationalen und europäischen Monitorings und Analysen im Auftrag des BMSG, der Landesregierungen und Umweltorganisationen haben die seit Jahren anhaltende Pestizidbelastungen von in Österreich auf dem Markt befindlichem Obst und Gemüse auch heuer wieder bestätigt. Im Rahmen des EU-weiten Pestizid-Monitorings wurden 1999 in Österreich bei Obst und Gemüse in ca. 40% der Proben Belastungen festgestellt. Knapp 11% wiesen Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte auf. Im Jahr 2000 wurden laut einem bisher unveröffentlichten Bericht des Gesundheitsministeriums insgesamt knapp 1000 Proben (Obst, Gemüse, Getreide) gezogen und auf Pestizidrückstände untersucht. 38,5 % der Proben waren mit Pestiziden belastet. Insgesamt 14% der Proben wiesen Belastungen durch mehrere Pestizide gleichzeitig auf.

In den für die Kontrolle der Anwendung von Pestiziden zuständigen Bundesländern herrschen massive Kontrolldefizite. Aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen ist eine Kontrolle der sachgerechten Verwendung von Pestiziden bez. erlaubter Pflanze und erlaubter Höchstmenge kaum vorhanden. Die jeweils zuständigen Agrarlandesräte sehen keinen besonderen Handlungsbedarf.

Aufgrund der anhaltend hohen Belastungen und Grenzwertüberschreitungen durch Rückstände von giftigen Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln erscheint eine Erhöhung der Anzahl der Kontrollen dringend geboten. Entsprechende budgetäre Mittel müssen dazu bereitgestellt werden. Nachdem die Aufgabenbereiche und das Organigramm der Agentur für Ernährungssicherheit und Gesundheit derzeit konkret abgesteckt werden, erscheint eine diesbezügliche Beauftragung derzeit als prioritär.

Besonders problematisch ist die immer wieder nachgewiesene gleichzeitige Mehrfachbelastung von Lebensmittel mit verschiedenen Pestiziden. Derzeit gibt jedoch keine gesetzliche Regelung, die im Pestizidbereich so genannte Summengrenzwerte für Lebensmitteln festlegt. Da die Analysen auf Pestizidrückstände zeitlich aufwendig sind, sind die belasteten Produkte bei Vorliegen der Testergebnisse in der Regel bereits gekauft und konsumiert. Aus diesem Grund erscheint ein zeitlich früheres Ansetzen der Kontrollen notwendig.

Insbesondere die mediale Berichterstattung in den letzten Wochen lässt bei den Konsumentinnen immer wieder die Frage aufkommen, welche Lebensmittel pestizidsbelastet sind und welche nicht. Eine rasche, regelmäßige, transparente und kontinuierliche Veröffentlichung der amtlichen Untersuchungsergebnisse für Konsumentinnen erfolgt derzeit nicht. Nur so könnten jedoch die Konsumentinnen über die Unbedenklichkeit oder Belastungen informiert werden und über ihr Kaufverhalten letztlich eine sorgfältigere Verwendung von Pestiziden und eine Minimierung des Pestizid-Einsatzes bewirken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen wird aufgefordert, das Pestizid-Monitoring in Österreich zu verbessern (Aufstockung personeller und finanzieller Mittel, dichteres Kontrollnetz, höhere Probenzahl, raschere Analysen, verstärkte Nachkontrollen bei Grenzwertüberschreitungen).
2. Der Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen wird aufgefordert, eine rasche, kontinuierliche und transparente Information der Konsumentinnen über die Belastung von Lebensmitteln durch Pestizidrückstände zu gewährleisten und die entsprechenden Stellen mit einer unverzüglichen Information der Konsumentinnen über die Ergebnisse zu beauftragen (vierteljährliche Berichte über Untersuchungsergebnisse, Datum und Ort der jeweiligen Probenname (z.B. Supermarkt inkl. Adresse), Herkunftsland, Markenname, Produzent, Angabe über Name des gefundenen Wirkstoffes und Rückstandsmenge in mg/kg).
3. Der Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen wird aufgefordert, für Pestizidrückstände in Lebensmitteln Summengrenzwerte festzulegen.
4. Der Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um eine verstärkte Kontrollen im Bereich Anwendung der Pestizide in den Bundesländern sicherzustellen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.